

QUARTALSBERICHT

Projektland:
Zentralasien
(Kirgisistan, Tadschikistan, Kasachstan)

Quartal/Jahr: 4/2012

SCHLAGZEILEN (Politische und wirtschaftliche Entwicklung)

1. Kirgisistan

- Vertreter der kirgisischen Opposition werden für den Versuch, „illegal die politische Macht an sich zu reißen“, verhaftet.
- Am 25. November 2012 fanden in den meisten kirgisischen Städten und Gemeinden Kommunalwahlen statt.
- Einer der Söhne des ehemaligen Präsidenten Bakijew wird von den USA des Betrugs beschuldigt.

2. Tadschikistan

- Tadschikistan tritt am 26. Oktober 2012 offiziell der WTO (World Trade Organisation) bei.
- Tadschikischen Studenten ist es in Zukunft verboten, während der regulären Unterrichtszeit an Veranstaltungen ausländischer und internationaler Organisationen teilzunehmen.
- Tadschikischer staatlicher Kommunikationsdienst unter der Regierung blockiert bekannte Webseiten.
- Geldüberweisungen tadschikischer Gastarbeiter machen fast die Hälfte des tadschikischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.

3. Kasachstan

- Die kasachische Opposition fordert von den USA, eine „schwarze Liste“ der Verantwortlichen für die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in Schangaösen zu erstellen.
- Die Arbeit von wichtigen oppositionellen kasachischen Parteien und Medien wurde gerichtlich verboten.
- Kasachstan wird in den UN-Menschenrechtsrat gewählt.

1. KURZBERICHT POLITIK

1.1 Kirgisistan

Am 3. Oktober 2012 organisierte die größte kirgisische Oppositionspartei Ata Dschurt in Bischkek eine Protestveranstaltung mit etwa 1.000 Teilnehmern und forderte die Nationalisierung der größten Goldmine des Landes (Kumtor). Die Hauptorganisatoren der Kundgebung (und gleichzeitig Abgeordnete des nationalen Parlaments) Kamtschybek Taschijew, Sadyr Dschaparow und Talant Mamytow wurden anschließend verhaftet. Grund dafür war, dass am Ende der Veranstaltung ein Teil der Protestierenden, angeführt von den genannten Abgeordneten, versucht hatten, den Sitz des kirgisischen Parlaments und des kirgisischen Präsidenten (gleiches Gebäude) gewaltsam zu stürmen, was letztendlich von den Sicherheitskräften und der gerufenen Bereitschaftspolizei verhindert werden konnte. Die Generalstaatsanwaltschaft hat daraufhin ein Strafverfahren gegen die drei Abgeordneten eröffnet und die Frist von ihrer Untersuchungshaft bis zum 3. Januar 2013 verlängert. Die Anklage lautet auf „Versuch der illegalen Machtergreifung“. In mehreren kirgisischen Städten kam es anschließend zu Protestkundgebungen mit der Forderung, die Abgeordneten sofort freizulassen, wobei es auch zur Besetzung und Unterbrechung der strategischen Straße Bischkek – Osch (Hauptverbindung vom Norden in den Süden des Landes) kam. Anschließend flauten diese Proteste jedoch wieder ab.

Am 25. November 2012 fanden in den meisten kirgisischen Städten (25) und Gemeinden (416) Kommunalwahlen statt (siehe hierzu auch den Politischen Sonderbericht vom Dezember 2012 zum Thema „Lokale Wahlen in Kirgisistan – Bewährungsprobe für die junge Demokratie“). Nach Meinung der meisten kirgisischen Politologen unterstützte die Bevölkerung breit die Sozialdemokratische Partei Kirgisistans (SDPK), die in 11 von 25 Städten die meisten Sitze im jeweiligen Stadtrat erringen konnte. Dies sollte nicht alleine als eine Bestätigung für die Partei, sondern auch für die politische Richtung, die Präsident Atambajew (ehemaliger Vorsitzender der SDPK) heutzutage vorgibt, angesehen werden. Das Ergebnis der kirgisischen Lokalwahlen lässt auch den Schluss zu, dass sich das Spektrum der politischen Parteien im Lande ändert. Erwähnenswert hier sind die Siege der Partei der Entwicklung (Önügüü Partyasy) und der Partei Zeitgenosse (Samandasch) in den beiden wichtigen südlichen Städten Dschalal-Abad und Batken (beide auch Regierungsbezirkssitze). In diesen beiden Städten, aber auch in vielen anderen stimmten die Wähler in der Regel für die Parteien, die zur Zeit noch nicht im nationalen Parlament vertreten sind und auch nicht zu nahe zur „politischen Macht“ stehen. Dies macht auch den Wunsch nach politischer Änderung deutlich und steht für eine verbreitete „geistig-psychologische Müdigkeit“ gegenüber einigen kirgisischen Parteien, die schon lange auf der politischen Bühne des Landes stehen. Die Siege der Oppositionsparteien Republik (Respublika) und Vaterland (Ata-Dschurt) in den wichtigen Städten Talas, Tscholpon-Ata, Nookat und Orlowka bzw. Sulukta sind auch ein Hinweis darauf, dass seitens der Regierungsparteien nicht wie in früheren Jahren Wahlfälschungen vorgenommen worden sind und auch staatliche administrative Ressourcen nicht (oder nur begrenzt) zur Anwendung kamen. Auch schafften es die Parteien Ata-Dschurt und Einiges Kirgisistan (Bütün Kirgisistan) bei diesen Wahlen nicht, den Status einer „ausschließlich regionalen südlichen Partei“ zu überwinden.

Gemäß den Ergebnissen einer das gesamte Land erfassenden soziologischen Telefonbefragung, die von der Koalition für Demokratie und Zivilgesellschaft (kirgisische NGO) im Anschluss an die Wahlen durchgeführt worden ist, glauben 70 Prozent der kirgisischen Bevölkerung, dass die vergangenen Lokalwahlen frei und offen waren.

Am 19. Oktober 2012 meldete The Wall Street Journal, dass nach Angaben von amerikanischen Behörden Maxim Bakijew, einer der Söhne des ehemaligen kirgisischen Präsidenten, beschuldigt wird, aus illegalen finanziellen Insider-Transaktionen in den Jahren 2010 und 2011 mit Hilfe eines Londoner Brokers mehrere Millionen USD Gewinn gemacht zu haben. Bereits am 12. Oktober 2012 war Maxim Bakijew auf Antrag des amerikanischen Justizministeriums in London verhaftet worden, aber nach Zahlung einer hohen Kautions bis zum nächsten Gerichtstermin am 7. Dezember 2012 wieder freigelassen worden. Es sollte hier auch daran erinnert werden, dass gegen Maxim Bakijew auch in Kirgisistan mehrere gerichtliche Verfahren in Abwesenheit eröffnet worden sind und gegen ihn internationaler Haftbefehl erlassen worden ist. Jedoch gibt es zwischen Kirgisistan und England kein gültiges Auslieferungsabkommen. Am 17. Oktober 2012 war dann Eugen Gurewitsch, der Geschäftspartner von Maxim Bakijew, bei seiner Einreise in Rom/Italien (kommend aus den USA) festgenommen worden. Dieser hatte der italienischen Justiz, die ihn der illegalen Geldwäsche „im großen Stil“ beschuldigt, Kooperation angeboten. Über Gurewitsch selbst gibt es widersprüchliche Angaben: Oft wird er als russisch-stämmig, oft als kirgisisch-stämmig beschrieben. Seine Ausbildung absolvierte er im Finanzbereich an der Universität Berkeley. Nachdem er schon mit 25 Jahren seine erste eigene Consulting-Firma gegründet hatte, wurde sein Name immer wieder im Zusammenhang mit illegalen Geldgeschäften genannt. In Kirgisistan war er ab dem Jahre 2005 vor allem über die von der Familie Bakijew dominierte Asia Universal Bank aktiv geworden. Am 7. Dezember 2012 hat das für das Bakijew-Verfahren verantwortliche Londoner Gericht dieses auf den 13. Mai 2013 vertagt.

1.2 Tadschikistan

Das wichtigste Ereignis für Tadschikistan im letzten Quartal war sicher der Eintritt in die World Trade Organisation (WTO) am 26. Oktober 2012. Tadschikistan gehört jetzt als 159. Mitgliedsland der WTO an. „Der Antrag auf Eintritt in die WTO am 29. Mai 2001 war die richtige Entscheidung für Tadschikistan. Die Mitgliedschaft in der WTO wird zum Wirtschaftswachstum und zum Wohlstand des Landes beitragen“, sagte der tadschikische Präsident Emomali Rahmon im Anschluss an die Aufnahme, für die zuvor mehr als 100 tadschikische gesetzliche Vorschriften modifiziert werden mussten.

Die tadschikische Nachrichtenagentur Asia-Plus berichtete am 17. Oktober 2012, dass das tadschikische Bildungsministerium die Teilnahme von Studenten an Veranstaltungen von ausländischen und internationalen Organisationen während der regulären Unterrichtszeit verboten hat. Diese Entscheidung löste unter den im Lande registrierten ausländischen und internationalen Organisationen eine breite Diskussion aus. Viele sind im Bereich der Jugendarbeit tätig und fühlen sich durch die Entscheidung in ihrer Arbeit behindert.

Auf Anordnung des tadschikischen staatlichen Kommunikationsdienstes unter der Regierung blockierten viele Internetdienstleister ohne weitere Begründung am 26.

November 2012 den Zugang zu Facebook. Gemäß Socialbankers.com gibt es heutzutage 41.080 Nutzer von Facebook in Tadschikistan, was 5,87% der Gesamtzahl der Internetnutzer des Landes ausmacht. Später am gleichen Tag erklärte Bega Suchurow, Leiter des staatlichen Kommunikationsdienstes, dass die Blockierung von Facebook deshalb geschehen sei, „weil es viele Klagen von Vertretern der öffentlichen Verwaltung und von empörten Bürgern gegeben hätte, die alle Facebook als eine Brutstätte des Fanatismus und der Besessenheit bezeichnet hätten“. „Auch sei die ständige Beleidigung von staatlichen Vertretern nicht akzeptabel“, betonte er. Am 30. November 2012 wurde dann der Zugang zur Website Osodi (tadschikischer Dienst von Radio Liberty) gesperrt. Anfang Dezember 2012 verurteilte dann die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen die Entscheidung der tadschikischen Regierung, missliebige Webseiten einfach zu blockieren, und forderte die unverzügliche Freischaltung von Facebook und Osodi, was dann auch am 4. Dezember 2012 geschah.

Nach einem Bericht der Weltbank vom 20. November 2012 nimmt Tadschikistan beim Verhältnis von Geldüberweisungen durch Gastarbeiter zum BIP des jeweiligen Landes den ersten Platz weltweit ein (47%). Laut der Prognose des Internationalen Währungsfonds wird das BIP Tadschikistans in diesem Jahre um 6% auf über 6,7 Milliarden USD steigen, wovon 3,34 Mrd. USD auf Gastarbeiterüberweisungen entfallen. Im Jahre 2008 hatten diese noch 2,52 Mrd. USD betragen. Die zweite Stelle in der Weltbankstudie nimmt Liberia mit 31% ein. An dritter Stelle steht Kirgisistan mit 29%.

1.3 Kasachstan

Am 18. Oktober 2012 berichtete die Agentur Asattyk (kasachischer Sprachdienst von Radio Liberty), dass in der amerikanischen Tageszeitung Washington Examiner ein Aufruf von kasachischen Aktivisten der Zivilgesellschaft und von kasachischen Journalisten an die führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Bürgergesellschaft veröffentlicht wurde. Der „Brief“ wurde mit Unterstützung der amerikanischen Stiftung für Menschenrechte publiziert und war dem „brutalen Angriff des diktatorischen kasachischen Regimes und seines Präsidenten Nasarbajew auf friedlich Protestierende“ gewidmet. In dem Brief wird die amerikanische Regierung dazu aufgerufen, „in Einklang mit der Magnitsky Bill eine Schwarze Liste von Schangaösen zu erstellen, in die der kasachische Präsident und andere öffentlich Bedienstete eingetragen werden sollten, die für das Massaker von Schangaösen verantwortlich sind“. Zur Erinnerung: Nach einem langen Streik und anhaltenden Protesten der Arbeiter der Öl- und Gasindustrie in der westkasachischen Stadt Schangaösen hatte die kasachische Polizei am 16. Dezember 2012 das Feuer auf die Protestierenden eröffnet. Nach offiziellen Angaben starben dabei 16 Menschen und rund 100 wurden verletzt. Laut der kasachischen Opposition starben jedoch bei dem Eingreifen der Sicherheitskräfte mehr als 70 Menschen und 500 bis 800 wurden verletzt. Zwischenzeitlich ist auch bekannt geworden, dass Alexander Boschenko, einer der Hauptzeugen der Staatsanwaltschaft im vergangenen Schangaösen-Gerichtsverfahren, ermordet worden ist. Der kasachische Bürgerrechtler Galym Alygulow interpretiert dies dahingehend, dass „dieser unter dem Druck der Sicherheitsbehörden wahrscheinlich während des Prozesses falsche Aussagen gemacht habe und deshalb jetzt für den Staat im Falle der Revidierung seiner gerichtlichen Ausführungen zu

einem Risiko geworden wäre“. In der kasachischen Stadt Uralsk fand die Aktion „Jeder Tag ein Protest!“ statt. Sie war von Anargul Abenowa, Askar Schajgumarow und Maksat Ajsatutow, alle Aktivisten innerhalb der nicht registrierten Partei Alga (Los!), initiiert worden. Jeden Tag stand ein Aktivist als einzelne Mahnwache „gegen den in Kasachstan sich immer mehr ausbreitenden Gesinnungsterror“ auf dem Hauptplatz von Uralsk. Das Ende der Protestaktion war der 16. Dezember 2012, genau ein Jahr nach den Ereignissen von Schangaösen (siehe oben).

Am 20. November 2012 eröffnete die kasachische Generalstaatsanwaltschaft verschiedene gerichtliche Verfahren mit folgendem Ziel: Einstufung der politisch aktiven öffentlichen Vereinigungen Alga und Halyk Majdany als extremistische Organisationen und deren Verbot, sowie Einstellung der Tätigkeit der Mediengruppe Republik, der Zeitung Ansicht, des TV-Senders K+ und des Online-Video-Portals stan.tv. Im Zeitraum vom 26. November bis 21. Dezember 2012 erfüllten die zuständigen kasachischen Gerichte alle oben angeführten Forderungen der kasachischen Generalstaatsanwaltschaft. Darüber hinaus wurde per Gerichtsbeschluss die Oppositionswebsite Guljan.org für drei Monate blockiert und am 19. Dezember 2012 untersuchten Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats das Büro der Zeitung Stimme der Republik. Die kasachische Medienlandschaft selbst sieht sich so stetig wachsendem staatlichem Druck ausgesetzt und in ihrer Berichterstattung behindert.

Am 12. November 2012 fand im Rahmen der UN-Vollversammlung auch die Wahl der Mitglieder zum UN-Menschenrechtsrat für den Zeitraum 2013-2015 statt. Dieser arbeitet seit Juni 2006 und verfügt über 47 Mitglieder. Zum ersten Mal wurde dabei auch Kasachstan gewählt, das die Stimmen von 183 der anwesenden 193 Mitglieder der Vereinten Nationen erhalten konnte. Das kasachische Außenministerium erklärte nach der Wahl, „dass Kasachstan das Ansehen und die Effizienz des Rats stärken und weltweit die Menschenrechte aufbauend auf den Prinzipien Gerechtigkeit, Neutralität und Dialog festigen wolle“. Von verschiedener Seite wurde jedoch aufs heftigste beanstandet, dass die Vereinten Nationen in keinster Weise die Menschenrechtsverletzungen in Kasachstan kritisieren würden.

2. KURZBERICHT WIRTSCHAFT

2.1 Kirgisistan

Nach Angaben des „Nationalen Statistischen Komitees der Republik Kirgisistan“ ist das nationale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum Januar – November 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent gesunken. Verantwortlich hierfür ist vor allem ein Produktionsrückgang bei der größten Goldmine des Landes (Kumtor), die mehr als 50 Prozent der kirgisischen Exporte ausmacht. Verursacht wurde diese Entwicklung durch Streiks der dortigen Arbeiter, eine zeitweilige Blockade der einzigen Zufahrtsstraße zur Mine und einen Fehler in der Produktion, weshalb die Umwelt bedroht war und die Arbeit in der Mine für längere Zeit teilweise gestoppt werden musste. Ohne Einbeziehung von Kumtor ist das kirgisische Bruttoinlandsprodukt in den ersten elf Monaten 2012 jedoch um 4 Prozent gewachsen. Kirgisische Ökonomen mahnen die Regierung deshalb schon seit längerer Zeit an, in der landesweiten

Produktion zu diversifizieren und die einseitige Abhängigkeit von Kumtor zu reduzieren.

Die Inflation stieg in Kirgisistan in den ersten elf Monaten des Jahres 2012 um 5,9 Prozent an.

Das Außenhandelsvolumen Kirgisistans betrug von Januar bis Oktober 2012 5,57 Mrd. USD: Der Export lag bei 1,26 Mrd. USD (Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 22,2 Prozent; siehe Goldmine Kumtor) und die Einfuhr bei 4,31 Mrd. USD (Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 29,4 Prozent).

Negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wirkten sich auch die Probleme im Energiesektor aus (hierbei vor allem immer wiederkehrende Stromausfälle). Es zeigt sich auch im Winter 2012/2013, dass seit der Unabhängigkeit des Landes zu wenig in diesen Schlüsselsektor investiert worden ist und auch die im laufenden Jahr sich an der Macht befindlichen Regierungen nur unzureichend Vorsorge auf den in der Regel strengen zentralasiatischen Winter getroffen haben.

2.2 Tadschikistan

Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Republik Tadschikistan ist das nationale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum Januar – November 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Prozent gestiegen und betrug dabei 6,84 Mrd. USD. Dabei hat nach offiziellen Angaben die tadschikische industrielle Produktion von Januar bis November 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 Prozent zugenommen.

Der jährliche Inflationsanstieg in Tadschikistan betrug in den ersten elf Monaten des Jahres 2012 im Vergleich zum Vorjahr 6,3 Prozent.

Das tadschikische Außenhandelsvolumen wuchs in den ersten elf Monaten des Jahres 2012 um 14,5 Prozent. Der Export betrug dabei 1,2 Mrd. USD (Anstieg um 7,4 Prozent) und der Import belief sich auf 3,4 Mrd. USD (Anstieg um 17,3 Prozent).

2.3 Kasachstan

Im Zeitraum Januar – November 2012 ist das kasachische Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent gestiegen. Die industrielle Produktion wuchs im gleichen Zeitraum um 0,4 Prozent.

Der Anstieg der Inflation in Kasachstan betrug von Januar bis November 2012 5,3 Prozent.

Das kasachische Außenhandelsvolumen wuchs im Zeitraum Januar – Oktober 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 Prozent: Der Export stieg dabei um 8 Prozent auf 77,38 Mrd. USD, der Import um 20,1 Prozent auf 36,18 Mrd. USD.

Max Georg Meier

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Bischkek, Kirgisistan.

IMPRESSUM

Erstellt: 9.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de